Wir in Reinickendorf

Extrablatt 07/2014

DIE LINKE.
Bezirksverband Reinickendorf
informiert

Maulkorb für die Mieterinnen und Mieter der Siedlung „Am Steinberg“

Hakan Taş, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Sprecher der Fraktion DIE LINKE für Inneres, Flüchtlinge und Partizipation erklärt zur Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf vom 2. Juli 2014:



Die letzte Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf vor der Sommerpause versprach viel. Alleine fünf der sieben eingereichten Bürgerfragen in der Einwohnerfragestunde betrafen die Situation der Kleinhaussiedlung „Am Steinberg“.

Der zuständige Baustadtrat Martin Lambert (CDU) musste eingestehen, dass er es nach nun knapp fünf Monaten immer noch nicht geschafft hat, den angestrebten runden Tisch zwischen den Mietern der Siedlung und den Wohnungseignern zu initiieren. Dabei hätte es schon längst dazu kommen können. Die betroffenen Mieter selbst hatten in Absprache mit dem Pfarrer der nahegelegenen Hoffnungskirche mit eben jener Kirche bereits einen neutralen und geeigneten Ort für ein Gespräch mit dem Investor und dem Bezirksamt gefunden. Das Angebot wurde aber seitens des Investors abgelehnt. Dieser will – wie Lambert mitteilte – keine Öffentlichkeit.

Und was macht der CDU-Stadtrat? Er holt einen „Sechs Punkte Plan“ aus der Taşche, in dem den Mieterinnen und Mietern ebendiese Forderungen des Investors als „Friedenspflicht“ auferlegt werden sollen. Sie sollen nicht mehr gegen den drohenden Rausschmiss demonstrieren dürfen und alle Schilder, die ihren Protest kundtun, entfernen. Zudem sollen die Gespräche unter Ausschluss der Öffentlichkeit, ohne Presse in „geschlossenen Räumen“ gewissermaßen im kleinen Kreis mit ausgewählten Vertretern erfolgen. Mit anderen Worten: **Den Bürgerinnen und Bürgern soll ein Maulkorb verpasst werden – und das Bezirksamt macht dabei noch mit!**



Die Grundrechtsbindung des Reinickendorfer Bezirksamtes steht auf wackligen Füßen, wenn sich Herr Lambert zu Maßnahmen verleiten lässt, die die Einschränkung der Rechte der Bürgerinnen und Bürger vorsehen. Zu meinem Bedauern musste ich feststellen, dass weder SPD noch Bündnis 90 / Die Grünen dieses Ansinnen zurückgewiesen haben. Grundrechte sind aber von allen staatlichen Institutionen zu respektieren – auch vom Bezirksamt Reinickendorf.

Bei meinem Besuch in der Siedlung am vergangenen Sonntag habe ich die Mieterinnen und Mieter als entschlossene Bürger erlebt, die ihre berechtigten Interessen zu vertreten wissen, die sich nicht erpressen lassen und gleichzeitig zu konstruktiven Gesprächen bereit sind. Ich habe bekräftigt, dass DIE LINKE solidarisch an ihrer Seite steht.

Es ist höchste Zeit, dass unser Bezirksamt und die Parteien in der BVV endlich Partei für die Mieterinnen und Mieter der Siedlung ergreifen.

Besuch der Siedlung "Am Steinberg"

Auf Einladung der Mieterinnen und Mieter besuchte **Hakan Taş**, gemeinsam mit **Dr. Klaus Gloede**, stellv. Bezirksvorsitzender der LINKEN Reinickendorf, am Sonntag, dem 6. Juli die Kleinhaussiedlung "Am Steinberg". Bereits aus der Ferne schon waren die aufgestellten Schilder mit den Aufschriften "Uns reichts!" oder "Wir bleiben hier" zu erkennen.

Seit Monaten schon demonstrieren die Bewohner der Siedlung an fast jedem Wochenende gegen die geplante Luxussanierung der Wohnhäuser durch den neuen Eigentümer, die zu drastischen Mieterhöhungen von bis zu 400 Prozent führen. Das ist für die meisten der Bewohner der Siedlung nicht bezahlbar.

Der Rundgang durch die Siedlung machte schnell deutlich, dass die Wohnhäuser in schlechtem Zustand sind. Mehrere Häuser stehen bereits seit Jahren leer. Die Fassade bröckelt, die Dächer sind undicht, Wasserschäden bedrohen die Bausubstanz und die Gärten und Grünanlagen verwildern. Alle sind sich einig: Sanierung ist nötig, aber keine Luxussanierung! Das Bezirksamt hat das Thema jahrelang ignoriert. Der zuständige Baustadtrat Martin Lambert (CDU) verweist notorisch auf das privatrechtliche Verhältnis zwischen Mieter und Eigentümer. Der Bezirk fühlt sich nicht verantwortlich. Gerade für viele der hier lebenden älteren Menschen mit ihren im Vergleich eher "bescheidenen" Mieten, stellen die Mieterhöhungen eine konkrete Gefahr ihrer Lebenssituation dar. Vor Dreistigkeiten schreckt dabei auch das Alter anscheinend nicht ab. Edith Franke, eine 80-jährige Dame, offenherzig und äußerst sympathisch, gab uns Einblick in das Innere "ihres" Hauses und erzählte, dass sie sogar das Prospekt eines Seniorenheims von einem Immobilienverwalter in die Hand gedrückt bekommen habe. Gegen sie läuft bereits eine Duldungsklage. Auch die 90-jährige Anni Lenz, die von allen nur liebevoll "Oma Anni" genannt wird, hat ein Kündigungsschreiben erhalten. Die Mieterinnen und Mieter fühlen sich von der Bezirkspolitik im Stich gelassen. Während Investoren mit lukrativen Angeboten dazu bewegt werden, der Einladung des Bezirkes Reinickendorf als Unternehmensstandort zu folgen, werden die sozialen Belange und Nöte der Bürgerinnen und Bürger außer Acht gelassen.

"Der Protest der Mieter ist verständlich. Die Mieter dürfen nicht mit der Angst leben, gekündigt oder verdrängt zu werden. Der Mieterschutz muss gewährleistet bleiben", erklärte Hakan den Betroffenen im Gespräch und versicherte auch weiterhin seine Unterstützung in dieser Sache.











